

MASSNAHMEN

- Fokusgruppen mit ExpertInnen kommunaler Einrichtungen zur Identifizierung und Testung innovativer Ansätze und Praktiken betreffend Information und Förderung des Wahlrechts für EU-BürgerInnen
- Verbreitung persönlicher Erfahrungsberichte von EU-BürgerInnen hinsichtlich politischen Engagements und Partizipation via Videos und Social Media
- Bewusstseinsbildende Veranstaltungen und Initiativen, die gemeinsam mit EU-BürgerInnen und Vereinen organisiert werden
- Trainings für EU-BürgerInnen, die sich politisch engagieren wollen
- Leitlinien für kommunale Einrichtungen mit Beispielen guter Praxis zur Weitergabe von Information
- Broschüre für EU-BürgerInnen mit praktischen Informationen zur Ausübung des Wahlrechts
- Europäisches Handbuch guter Praxis sowie ein Europäisches Treffen zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch
- Treffen mit politischen Parteien und nationalen Einrichtungen zur Initiierung nötiger Änderungen im Hinblick auf eine leichtere Ausübung des Wahlrechts

Partnerschaft



COSPE
Cooperazione per lo Sviluppo
dei Paesi Emergenti
www.cospe.org


Movimento per la Paz
www.mpdl.org

Verein für Bildung
und Management
www.inspire-thinking.at

ANCI
Associazione Nazionale
Comuni Italiani - Toscana
www.ancitoscana.it

ANCI
Associazione Nazionale
Comuni Italiani - Emilia-Romagna
www.anci.emilia-romagna.it

Weiterführende Informationen

- Facebook  [participationmattersinAustria](https://www.facebook.com/participationmattersinAustria)
- www.participationmatters.eu

Diese Publikation wird unterstützt vom EU-Programm für Rechte, Gleichstellung und Unionsbürgerschaft (REC). Die Verantwortung für den Inhalt liegt allein bei COSPE und seinen PartnerInnen und kann in keiner Weise als Sichtweise der Europäischen Kommission angesehen werden.



Förderung
des zivilen und politischen
Engagements
von mobilen
EU-BürgerInnen



Ein Projekt von



Ko-finanziert vom EU-Programm für Rechte,
Gleichstellung und Unionsbürgerschaft

AUSGANGSSITUATION

In den letzten Jahren ist die Anzahl niedergelassener EU-BürgerInnen aus anderen Ländern in den meisten Mitgliedsstaaten signifikant gestiegen, von 4,7 Mio. im Jahr 2005 auf 13,6 Mio. im Jahr 2012. Das hat zu einem erheblichen Anstieg wahlberechtigter ausländischer EU-BürgerInnen geführt. Neueste Wahlstatistiken zeigen jedoch, dass die Wahlbeteiligung sowohl auf europäischer als auch auf lokaler Ebene unter zugezogenen EU-BürgerInnen sehr gering ist.

Hindernisse für Partizipation:

- Fehlende oder unzureichende Information
- Wenig Interesse aufgrund der Meinung, dass politische Partizipation nichts am Alltag ändert
- Strukturelle Hindernisse bei der Registrierung
- Mangelndes Interesse der politischen Parteien ausländische EU-BürgerInnen als aktive Mitglieder zu gewinnen

„Participation matters“ zeigt relevante Faktoren auf, die die Partizipation einschränken. Das Ziel ist einerseits, bei EU-BürgerInnen ein solides Bewusstsein dafür zu schaffen, dass politische Partizipation ein wichtiger Faktor bei der Integration in die Gastgesellschaft ist, andererseits sollen öffentliche Einrichtungen auf ihre dauerhafte Verpflichtung hingewiesen werden, politische Partizipation zu fördern.

ZIELE

Das generelle Ziel dieses Projekts ist die Förderung erfolgreicher Integration und Partizipation von mobilen EU-BürgerInnen in das gesellschaftliche und politische Leben des jeweiligen Gastlandes. Um das zu erreichen, soll einerseits der Erfahrungsaustausch unter ExpertInnen lokaler Verwaltungseinrichtungen betreffend Rechte aus der Unionsbürgerschaft angeregt werden. Andererseits sollen sowohl das Bewusstsein als auch das aktive Engagement auf Seiten der mobilen EU-BürgerInnen erhöht werden. Andere wichtige Ziele sind die Stärkung der Rolle politischer Parteien und nationaler Einrichtungen beim Abbau von Hindernissen, sowie ein stärkeres Bewusstsein der Allgemeinheit bezüglich der Rechte, die aus einer Unionsbürgerschaft resultieren.

ZIELGRUPPEN

Die im Projekt umgesetzten Maßnahmen beziehen folgende Zielgruppen ein:

- EU-BürgerInnen sowie Mitglieder von Vereinen
- ExpertInnen kommunaler Einrichtungen
- VertreterInnen politischer Parteien und ExpertInnen nationaler Einrichtungen
- Stakeholder, die ein großes Interesse an einer höheren politischen Partizipation von mobilen EU-BürgerInnen haben

Von Jänner 2016
bis Dezember 2017

In Österreich,
Italien and Spanien

